

Galle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 304.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Wochenpreis für Halle a. S. 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 9 M., halbjährlich 17 M., jährlich 32 M. — Gratis-Belegungen: Halle a. S. (Stadt, Postamt), 25. Unterzahlungsstellen (Sonntag), 2. Auswärtige, 2. Auswärtige.

Zweite Ausgabe

Wochenpreis für Halle a. S. 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr 9 M., halbjährlich 17 M., jährlich 32 M. — Gratis-Belegungen: Halle a. S. (Stadt, Postamt), 25. Unterzahlungsstellen (Sonntag), 2. Auswärtige, 2. Auswärtige.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Zeitungsstraße 87, Hinterhaus. Telefon 153; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. 2004/09. Verleger: Dr. Walter Gumboldt in Halle a. S.

Freitag, 2. Juli 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfach 14. Telefon Amt VI Nr. 11494. Druck und Verlag von C. M. Ziehe in Halle a. S.

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung

stößt in mancher Hinsicht auf entschiedenen Widerspruch des gewerblichen Mittelstandes, der durch die heutige soziale Gesetzgebung ohnehin übermäßig belastet ist. Kürzlich hat auch der Ausschuss des Verbandes deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche ein Gutachten über die umfangreiche Vorlage abgegeben und darin gegen einzelne Neuerungen sehr beachtenswerte Einwürfe erhoben. So wird mit Recht betont, daß die Schaffung einheitlicher Versicherungsbehörden die Selbstverwaltung namentlich der bewährten Berufsvereinigungen bedrohen. Dann werden die Erschwerung der Einrichtung und des Bestandes der Betriebskrankenkassen durch den Entwurf sowie die darin vorgelegten Beschränkungen der Hilfskassen als sehr bedenklich bezeichnet. Es wird in dem Gutachten vorgeschlagen, daß die Zahl der Versicherungsanstalten, die nach dem Entwurf für die Zulassung der Betriebskrankenkassen maßgebend sein soll, wesentlich herabgesetzt, sowie daß die Bestimmung, wonach der Arbeitgeber für die bei einer Hilfskasse Versicherten einen Beitragsanteil an die Pflichtkasse zu zahlen habe, gestrichen werden möge. Die Vorschläge des Entwurfs, wonach bei vielfach besagten Mängeln der Unfallversicherung im Handelsgewerbe abgehoben werden soll, erklärt das Gutachten für unzureichend. Es müsse verlangt werden, daß in den versicherten kaufmännischen Geschäften die Gewinne, also auch die rein kaufmännische Tätigkeit der Versicherten unterliege. Was die Hinterbliebenenversicherung anlangt, so fordert das Gutachten, daß die Deckung der Kosten dafür neben einer Heranziehung der Versicherten selbst dem Reiche und den Gemeinden überlassen werden solle. Die Inanspruchnahme der Arbeitgeber als Träger der Versicherung sei vom Standpunkte des durch die heutige soziale Gesetzgebung ohnehin schon stark belasteten mittleren und Kleingewerbes entseht abzulehnen. Man wird die hier in kurzen Umrissen verzeichneten Einwände gerade vom Standpunkte des gewerblichen Mittelstandes als durchaus berechtigt anerkennen müssen. Sie werden bei den parlamentarischen Verhandlungen — wenn sie nicht vorher schon vom Bundesrat gewürdigt sein sollten — jedenfalls die nötige Berücksichtigung finden.

Zur Lage.

Die Parteien der Reichstagsmehrheit haben bekanntlich am Mittwoch und Donnerstag mit den verbündeten Regierungen Verhandlungen gepflogen über die vom Bundesrat abgelehnten Steuererhöhungen, Mülheumlagen und Kohlensteuern. Die Mehrheitsparteien sind gewillt, diese Steuern fallen zu lassen, wenn ähnliche, die Höhe betreffende Steuern als Ersatz gefunden werden können. Man hofft, am Freitag abend oder Sonnabend ein Kompromiß abzuschließen zu können. — Die Verbrauchssteuer (Wanntwein, Bier und Tabak) hofft man bis Sonnabend in zweiter Lesung verabschieden zu können. Ueber diese Steuern soll ebenfalls unter den Mehrheitsparteien eine Einigung erfolgt sein, jedoch ihre Annahme gewiß sei. — In Reichstagskreisen hoffte man, wie die „Post“ schreibt, die Reichsfinanzreform am 13. Juli höchstens verabschiedet zu haben und wollte nach Erledigung der Beamtensachen sich am 17. Juli verabschieden. Die Erledigung der Beamtensachen dürfte, wie daselbst weiter erfahren haben will, auch allein der Mehrheit vorbehalten sein, da die Linke wahrscheinlich auf diese Geheiß abgesehen werde, nachdem sie die Deckungsmittel verweigert hat.

Der in der vorigen Woche vom Abgeordneten Vorkammern in seiner Reichstagsrede ausdrücklich angekündigte Antrag auf Einführung einer Evidendensteuer von 2 Prozent liegt bis zur Stunde nicht vor, und es seien, wie der Berliner „N.“ erfahren haben will, neuerdings auch in der national-liberalen Fraktion gemühtliche Bedenken über die Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens entstanden. (?) Es sei daher wahrscheinlich, daß der Antrag überhaupt nicht eingebracht werde.

Deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaftstag.

Nachdem am Mittwoch bereits in Stuttgart eine Sitzung der Vorstände der Klassen des Allgemeinen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbandes und eine solche der Verbandsrevisoren, Zutrittsorten usw. stattgefunden hatte, wurde am Abend mit einer Begrüßungsverammlung im Saale des Restaurants „Seeblick“ in Bad Wimmerode der 25. Genossenschaftstag des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften eingeleitet.

Großes Interesse werden die Verhandlungen beanspruchen dürfen über die Ausdehnung des Depositionsbankens auf dem Lande. Hierzu liegt vom Berichterstatter, Verbandsdirektor Reitzke (Wiesbaden), folgender Antrag vor:

Der 25. Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag stellt sich, daß die landlichen Genossenschaften zur Erfüllung ihrer, vornehmlich der Förderung des Personalverkehrs gebührenden Tätigkeit der Sparanlagen und Depositionsbankens aus ihrem Geschäftsbereich dringend bedürfen. Es würde eine von privater Seite ausgehende Abtragung dieser Mittel besonders auch aus dem Grunde bedauerlich sein, weil die von Genossenschaften aufgenommenen Gelder durch diese in einer guten und produktiven Anlage auf dem Lande finden. Der Genossenschaftstag erachtet es deshalb für dringend erforderlich, daß die Genossenschaften Hand in Hand mit den öffentlichen Sparkassen die private Geldaufnahmefähigkeit auf dem Lande überwachend und Vorzüge treffen, durch welche einer gefährlichen weiteren Entwicklung des privaten Depositionsbankens in ländlichen Bezirken im Interesse und zur Sicherung der hierdurch ländlichen Bevölkerung Abwehr geboten wird. Um diesen Zweck zu erreichen, bedarf es jedoch keiner besonderen gesetzlichen Bestimmungen.

Von Bedeutung ist dann auch die Frage der Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der inneren Kolonisation. Die Genossenschaftstag stellt als Berichterstatter folgende Forderungen auf:

1. Die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der inneren Kolonisation ist 1. in einem selbständigen Reichstagsgesetz nur im Falle eines Vorwanges auf rechtlicher finanzieller Grundlage, sowie bei ausreichender Vorsicht und Vorsorge zu empfehlen; 2. unter der letzten Voraussetzung in der Form des Beitritts zu gut fundierten Siedlungsgesellschaften, namentlich gemeinnützigen Genossenschaften, zulässig; 3. daneben vor allem durch Beratung der letzteren, durch weitestgehende Pflege des Personalverkehrs im Interesse der Versicherten und durch Genossenschaftlichen Zusammenhalt der letzteren zu betätigen.

Schließlich ist noch zu erwähnen ein Vorschlag des Rittergutsbesizers v. Ferkberg-Kottin über die „Einführung der elektrischen Kraft auf dem Lande mit Hilfe ländlicher Genossenschaften“, zu denen er eine Reihe Vorschläge macht.

Ueber die Leistung der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Fortschritte des Genossenschaftswesens überhaupt gibt das neu erschienene Jahrbuch des Reichsverbandes für 1908 ein anschauliches Bild. Es betrug Ende 1907 bei 11 669 Klassen des Reichsverbandes das Betriebskapital 1560 Millionen Mark, Ende 1906 bei 11 373 Klassen 1426 Millionen Mark. Dazu kommt das Betriebskapital von 188 Millionen Mark bei 1767 Klassen außerhalb des Reichsverbandes gegen 170 Millionen Mark im Vorjahre. Da Ende 1907 insgesamt 14 285 Spar- und Darlehnskassen bestanden, so berechnet sich das gesamte Betriebskapital der genossenschaftlichen Vorbanken Ende 1907 auf etwa 1850 Millionen Mark. In der Hauptkategorie haben die Klassen ihr Betriebskapital durch Sparanlagen (Einklagen in laufender Rechnung und Anleihen aus dem eigenen Sparkassenbezirk zu gewinnen versucht. Es betragen diese Sparanlagen bei den Klassen des Reichsverbandes Ende 1907 1360 Millionen Mark, Ende 1906 1257 Millionen Mark. Die Sparanlagen bei sämtlichen ländlichen Genossenschaften schätzte der Bericht gegenwärtig auf 1800 Millionen Mark. Die Klassen des Reichsverbandes hatten dargelegten Ende 1907 1267 Millionen Mark, Ende 1906 1159 Millionen Mark. Die Zahl der Kreditnehmer betrug über eine Million. Große Fortschritte zeigte auch die Entwicklung der Volkereigenen Genossenschaften. Die junge Gruppe der Elektrizitätsgenossenschaften weist bei 18 Genossenschaften einen Besitzwert der Anlagen in Höhe von 2 Millionen Mark auf. Zum Schluß stellt der Bericht fest, daß neben diesen stattlichen Zahlen und den überall vorhandenen bemerkenswerten Fortschritten auch einige Schattenseiten zu verzeichnen seien infolge der nicht unbedeutlichen Verluste bei den Kornhäfen, Obl. Genossenschaftsvereinigungen, Elektrizitäts- und Wingerzogenen Genossenschaften.

Friedenspolitik.

Im italienischen Senat erklärte Minister des Aeußeren Tittoni, die gegenwärtige Politik habe die Bündnisse fester, die Freundschaften inniger gestaltet und alles spreche dafür, auf diesem Wege zu verharren. Der Senat, der diese Politik früher begünstigt habe, werde jetzt gern annehmen, daß sie unverändert bleibe, da sie den großen Interessen des Landes am besten entspreche.

Die Kreisfrage.

Die Antwort der Schuttmacht auf die türkische Note wird vermutlich Anfang der nächsten Woche in Konstantinopel übergeben werden, da die Uebereinstimmung zwischen den vier Kabinetten vollständig ist. In einem Kollektivschritt wird in Athen und in Kanea zur Ruhe gemahnt werden. Die Zurückziehung der internationalen Truppen ist auf den 24. Juli festgesetzt.

Die türkischen Meldungen von griechischen Räumungen und Freischarenbildungen werden in Athen wiederholt und in formellster Weise in Abrede gestellt. Griechenland und eine Regierung seien absolut friedlich gesinnt.

Die drohende Lage in Persien.

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur erfährt, ist in Anbetracht der beunruhigenden Lage in Persien der Statthalter von Kaukasien beauftragt worden, Truppen in Bereitschaft zu stellen, um sie auf die russische Straße Engeli-Leberan zu senden, wie auch Fahrzeuge zur Ueberführung dieser Truppen von Waku nach Engeli. Diese Maßregeln werden rechtzeitig unternommen für den Fall, daß eine weitere Bewegung der Wachtbaren und der Fidsais von Kaswin nach Leberan eine Anarchie nach sich zieht, welche eine ernste Gefahr für die russischen und die sonstigen auswärtigen Anlagen und Staatsangehörigen wie auch für die Straße von Engeli nach Leberan im Grolze haben würde.

Wie dieselbe Agentur aus Teheran erfährt, ziehen zweihundert Wachtbaren aus Krum nach Karbisch, um sich mit den Revolutionären zu vereinigen. In der Hauptstadt sind sämtliche Bezugs geschlossen, die Missionäre haben ihre Tätigkeit eingestellt, die Bevölkerung verläßt die Stadt. Die Kasminer Revolutionäre richteten an die ausländischen Gesandtschaften einen Protest wegen der russischen Offiziere und der Skafatenbrigade. Sie machen Anspruch auf das bevorstehende Futurvergiehen verantwortlich. Die revolutionäre Propaganda hat die Truppen des Schahs wesentlich beeinflusst. Die Skafatenbrigade ist nicht mehr zuverlässig, auf sie richtet sich daher die Aufmerksamkeit der Revolutionäre in erster Reihe. Gegen Russland und alles Russische wird überall heftig agitiert. Die Revolutionäre erwarten, daß die gestern mit Gesandten aus Reicht ausgerichtete Fidsaiabteilung Gremis sich mit ihnen zum entscheidenden Vormarsch gegen Leberan vereinigen werde.

Deutsches Reich.

* Der Reichstag nahm am Donnerstag mit 196 gegen 138 Stimmen bei 15 Stimmenthaltenungen den § 6 des Braunkohlegesetzes in der neu den Reichstagen beschlossenen Fassung an. Der Paragraph enthält die Skala, ferner die Bestimmungen für übergräbige Biere und über die Zulassung mehrerer Brauereibetriebe, die zu dem gleichen wirtschaftlichen Unternehmen gehören, auch wenn sie an verschiedenen Orten liegen. (Vergleiche auch den Parlamentsbericht.)

* In der Sitzung des Bundesrates am 1. Juli wurde der Antrag zum Landeshaushaltsplan für Elsaß-Lothringen für das Rechnungsjahr 1909 und der Entwurf eines Gesetzes über die Ausgabe kleiner Aktien in den Amtsgerichtsbezirken und dem Staatsgebiet inausgeführt angenommen.

* Der Kaiser in Kiel. Se. Maj. der Kaiser nahm am 1. Juli um 7½ Uhr abends die Preisverteilung für die Reichsfahrt der Kieler Woche vor und nahm später an dem Herrentag in den Räumen des Kaiserlichen Jagtclubs teil.

* Die erhöhten Bezüge der Volksschullehrer und Lehrerinnen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Um die Volksschullehrer und Lehrerinnen ländlich bald in den Genuss der ihnen nach dem neuen Verordnungs-Gesetz zugehörigen erhöhten Bezüge zu setzen, sind dem Reichstag die Regierungen von dem Herrn Minister der geistlichen u. Angelegenheiten im Einverständnis mit dem Herrn Finanzminister ermächtigt worden, in allen Fällen, in denen es nach Lage der bisherigen Verordnungsverhältnisse keinem Zweifel unterliegt, daß der Lehrer (die Lehrerin) sich den Bestimmungen des neuen Gesetzes unterwerfen wird, schon jetzt die erhöhten Alterszulagen aus der Alterszulageklasse gemüht für das Rechnungsjahr 1908 nachzugeben.

* Das Fahrverbot der Elbe. Die „Nord. Allg. Ztg.“ schreibt: Im Ostereich ist neuerdings mehrfach von Seiten der Handelskammern und auch der Presse die Meinung ausgesprochen worden, daß die Verpfichtungen aus der Additionalkasse vom 13. April 1864 zur Verbesserung des Elbepflichtens von dem deutschen Reichstag noch nicht erfüllt seien. Wir sind in der Lage, mitteilen, daß diese Annahme den Tatsachen nicht entspricht. Eine weitere Vertiefung der Elbe über das bisher erreichte Maß hinaus kann, jedenfalls soweit die preussische Elbstrecke in Betracht kommt, auf Grund der Additionalkasse nicht gefordert werden.

Deutscher Reichstag.

272. Sitzung vom 1. Juli, 1 Uhr.
Am Bundesratsstische: Sydow, Rehr, v. Rheinbaben.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung der Braunkohlegesetzvorlage.

Abg. Schmitz (Hr.). Wir halten an der Meinung fest, daß das Bier sehr wohl die Möglichkeit von 100 Millionen tragen kann, zumal da der Brauntwein ja erheblich höher belastet ist. Brauerische Mitglieder der Fraktion glauben freilich, eine Preisbefreiung von 80 Millionen genüge dem Bier aus.

Abg. Dr. Weber (natl.) begründet einige Anträge, die durch Abänderung des Stoffkreislaufes die mittleren und kleineren Brauereien mehr schonen wollen. Denjenigen Gemeinden, die bisher eine höhere Steuer erhoben haben, hier vorgeschlagen ist, muß dies bis auf weiteres gestattet bleiben. Zum ganzen genommen, kann das Bier zwar höhere Lagen tragen, aber man

